Stenographisches Protokoll

83. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VIII. Gesetzgebungsperiode **Donnerstag, 12. März 1959**

Tagesordnung

Antrag auf vorzeitige Bendigung der VIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 4025)

Entschuldigungen (S. 4025)

Verhandlung

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag (89/A) der Abgeordneten Dr. Maleta, Olah und Genossen auf vorzeitige Beendigung der VIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates (656 d. B.)

Berichterstatter: Prinke (S. 4025)

Redner: Koplenig (S. 4026) und Dr. Kandutsch (S. 4028)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4035)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Mitterer, Mittendorfer, Dipl.-Ing. Strobl, Dr. Kummer und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend die Geschäftsgebarung des Dorotheums (394/J)

Dr. Kranzlmayr, Sebinger, Dr. Hofeneder, Weinmayer, Reich, Dr. Dipl.-Ing. Weiß und Genossen an den Bundesmister für die Auswärtigen Angelegenheiten, betreffend die in der Tagespresse behauptete Vermittlertätigkeit des Herrn Staatssekretärs Doktor Kreisky (395/J)

Beginn der Sitzung: 12 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. **Hurdes.**

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Bundesminister Dr. Tschadek, Dr. Rupert Roth und Dr. Gredler.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Bundesminister Dipl.-Ing. Waldbrunner, Bundesminister Proksch, Staatssekretär Weikhart, Dipl.-Ing. Dr. Lechner, Harwalik, Scheibenreif, Seiringer, Wimberger, Preußler, Rom, Hillegeist, Pölzer, Haberl, Rosa Rück und Maria Kren.

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 89/A der Abgeordneten Dr. Maleta, Olah und Genossen auf vorzeitige Beendigung der VIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates (656 der Beilagen)

Präsident: Auf der Tagesordnung steht ein einziger Punkt, nämlich der Bericht des Verfassungsausschusses über den gemeinsamen Antrag der Abgeordneten Dr. Maleta, Olah und Genossen auf vorzeitige Beendigung der VIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates.

Um diesen Bericht in Verhandlung ziehen zu können, schlage ich gemäß § 38 Abs. E der Geschäftsordnung vor, der Nationalrat möge von der 24stündigen Aufliegefrist des Berichtes absehen.

Ich bitte jene Frauen und Herren Abgeordneten, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Damit ist auch die im Gesetz vorgesehene Zweidrittelmehrheit gegeben.

Berichterstatter zu diesem Punkt ist der Herr Abgeordnete Prinke. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter **Prinke:** Hohes Haus! Die Bundesverfassung setzt die Gesetzgebungsperiode des Nationalrates mit vier Jahren fest. Die letzten Wahlen haben im Mai 1956 stattgefunden, es wären also die nächsten Wahlen im Mai 1960 durchzuführen. Die Regierungsparteien haben jedoch beschlossen, den Antrag zu stellen, die derzeit laufende Gesetzgebungsperiode früher zu beenden. Der Antrag der Abgeordneten Maleta, Olah und Genossen dient also der Auffassung, der Nationalrat möge die Gesetzgebungsperiode durch seinen Beschluß früher beenden. Die Umstände, welche die Einbringung des Antrages veranlaßt haben, sind bekannt. Ich kann es mir ersparen, diese als Begründung anzuführen. Nach Beschlußfassung des Nationalrates über diesen Antrag wird dann gemäß § 1 Abs. 2 der Nationalrats-Wahlordnung 1957, BGBl. Nr. 67/1957, von der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates als Wahltag der 10. Mai 1959 in Aussicht genommen werden.

Gemäß Artikel 29 Abs. 2 der Bundesverfassung dauert die laufende Gesetzgebungs-

periode bis zu dem Tag, an dem der neugewählte Nationalrat zusammentritt.

Der Verfassungsausschuß hat sich mit dem dem Bericht beigedruckten Gesetzentwurf beschäftigt und stellt den Antrag, der Nationalrat wolle diesem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. Ich ersuche um diese Zustimmung und bitte, falls notwendig, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Der Berichterstatter hat beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Koplenig. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Koplenig:** Meine Damen und Herren! Die Vertreter der beiden Regierungsparteien haben sich im Koalitionsausschuß, also außerhalb des Parlaments, geeinigt, den Nationalrat aufzulösen und Neuwahlen auf den 10. Mai festzusetzen. Der Nationalrat ist telegraphisch einberufen worden, um in seiner heutigen Sitzung diesen Beschluß zu sanktionieren. Die Vertreter der Koalitionsparteien haben sich überdies darauf geeinigt, an der Debatte über ihren eigenen Antrag nicht teilzunehmen und so der öffentlichen Begründung ihres Antrages von der Parlamentstribüne auszuweichen.

Dieses Vorgehen ist ungewöhnlich. Es ist umso ungewöhnlicher, als die Regierungsparteien sich erst vor einigen Wochen darüber geeinigt hatten, die Wahlen im Oktober dieses Jahres durchzuführen. Seither ist nichts geschehen, was Frühjahrswahlen notwendig gemacht hätte. Das Budget ist unter Dach und Fach. Erst in der vorigen Sitzung des Nationalrates haben ÖVP und SPÖ die Vollmachten des Finanzministers zur Aufnahme von Auslandsanleihen erweitert. Der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, ein alter Zankapfel in der Regierungskoalition, wird nächste Woche beschlossen werden. Die Veräußerung von Betrieben, die durch den Staatsvertrag österreichisch geworden sind, erfolgt im Hauptausschuß ohne jede Schwierigkeit am laufenden Band, und für die nächste Woche liegt uns noch ein ganzer Haufen Gesetze vor, die der Koalitionsausschuß bereits einstimmig genehmigt hat. *(Ruf bei der ÖVP: Ein „Haufen"! — Abg. Dengler: Er drückt sich nach seiner Manier aus!)*

Sogar in weltanschaulichen Fragen herrscht zwischen den Regierungsparteien eine solche Übereinstimmung, daß man den Unterschied kaum zu erkennen vermag. *(Ironische Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)* Knapp vor Weihnachten ist das 200 Millionen-Geschenk an die Kirche von beiden Regierungsparteien gemeinsam beschlossen worden, und erst in der vorigen Woche hat nicht nur der Minister Drimmel, sondern auch der SP-Minister Tschadek eine päpstliche Auszeichnung bekommen. *(Heiterkeit. — Abg. Dr. Maleta: Proporz! — Abg. Mitterer: Du bist ihm neidig darum!)*

Es wird gesagt, daß die Zusammenarbeit in der Koalition unmöglich sei und man so rasch als möglich Neuwahlen durchführen müsse. Aber die Koalition regiert weiter *(Abg. Dengler: Ihr redet weiter!)*, und zwar aus freien Stücken und nicht etwa als provisorischer Beauftragter des Bundespräsidenten bis zu den Neuwahlen. Alles geht also weiter so wie bisher.

Die wahre Ursache für die vorzeitige Auflösung des Parlamentes und die Vorverlegung der Wahlen liegt in den Dingen, über die die Regierungsparteien nicht sprechen. Die Politik der Regierungsparteien hat Ergebnisse gezeitigt, die breite Schichten der Bevölkerung unseres Landes aufs stärkste beunruhigen. *(Abg. Mitterer: Die „Rettung" ist die KP!)* Es kann nicht mehr bestritten werden, daß die wirtschaftliche Lage sich zusehends verschlechtert. Der Export geht zurück, in zahlreichen Betrieben werden Arbeiter entlassen. Es ist eine Tatsache, daß die Überschwemmung des österreichischen Marktes mit ausländischen, besonders mit westdeutschen Waren zu einer ernsten Gefährdung des Arbeitsplatzes vieler tausender Arbeiter führt. Die schädlichen Folgen der Regierungspolitik kommen sehr kraß darin zum Ausdruck, daß Österreich, das nur über verhältnismäßig wenig Kohle verfügt, dennoch eine Kohlenkrise erlebt und daß die Arbeiter eines der wenigen Steinkohlenbergwerke, von Grünbach, um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. *(Abg. Dengler: Weil eure polnischen Freunde ein Dumping machen!)*

Aber wir haben nicht nur eine Kohlenkrise, sondern auch eine Erdölkrise. Im Zeitalter der Motorisierung, wo in allen Ländern die Erdölproduktion steigt, hat es die österreichische Regierung zustandegebracht, daß bei uns die Erdölproduktion bedeutend gesunken ist und weiter gedrosselt wird. *(Abg. Krippner: Durch den Raubbau der Russen!)* Im Jahre 1955 betrug die Erdölförderung 3,7 Millionen Tonnen, 1958 wurden nur mehr 2,7 Millionen Tonnen gefördert, und für das Jahr 1959 ist sogar nur eine Förderung von 2,4 Millionen Tonnen Erdöl vorgesehen.

Wer erinnert sich dabei nicht daran, was alles vor dem Staatsvertrag versprochen wurde! Wenn das Erdöl einmal österreichisch sein wird, so hieß es, dann wird es in Niederösterreich keine Notstandsgebiete mehr geben,

dann wird es möglich sein, den Lebensstandard zu heben, die Wohnungsnot endgültig zu beseitigen, und die Arbeitslosigkeit wird verschwinden. Dieses und vieles andere wurde versprochen *(Abg. Dengler: Und auch gehalten!)*, aber nichts davon gehalten. Und heute ist sogar der Arbeitsplatz der Erdölarbeiter gefährdet! Massenentlassungen in der Erdölindustrie sind bereits angekündigt und werden zum Teil schon durchgeführt.

Es ist schließlich auch kein Geheimnis, daß die Lasten des Schuldendienstes immer drükkender werden und die amerikanischen Erpressermethoden mit den ERP-Geldern sich nachteilig für die österreichische Wirtschaft auswirken.

Im Zusammenhang mit der Beurteilung der Lage in Österreich muß auch auf den immer deutlicher sichtbaren Bankrott der sogenannten Europapolitik hingewiesen werden. Die Regierungsparteien und auch die FPÖ setzten in den letzten Jahren ihre ganzen Hoffnungen auf die Integration Europas, auf den Gemeinsamen Markt und die Freihandelszone, und dementsprechend wurde die österreichische Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik orientiert. Nun sehen wir diese Illusionen wie Seifenblasen zerplatzen. Die Völker der sogenannten freien Welt ernten jetzt die bitteren Früchte der von ihren Regierungen unter dem Diktat der großen Monopole durchgeführten antikommunistischen Europapolitik. Schauen wir nach Frankreich, nach Westdeutschland oder nach Italien und Belgien — überall sehen wir die gleichen Tendenzen. Der Konkurrenzkampf spitzt sich zu, die Arbeitslosigkeit wächst, die Vorstöße der Reaktion gegen soziale Errungenschaften der Werktätigen werden immer frecher, und die Unruhe der Massen greift immer mehr um sich. *(Abg. Mitterer: Reden Sie von Ungarn oder von da? — Abg. Dengler: Trotzdem wählen sie euch nicht!)* Das zeigt uns der Bergarbeiterstreik in Belgien, das zeigen uns die Arbeiterdemonstrationen im Ruhrgebiet, das kommt auch zum Ausdruck in der tiefen Krise der Christlich-Demokratischen Partei in Italien, in der Niederlage de Gaulles bei den letzten Wahlen in Frankreich und in vielen anderen Erscheinungen.

Oder ist das, was sich jetzt in Südtirol abspielt, vielleicht die europäische Solidarität, von der die Vertreter der SPÖ und ÖVP vor dem Europarat in Straßburg so viel sprachen? Oder ist es die höhnische Ablehnung bescheidener österreichischer Ansprüche durch Westdeutschland?

Das alles ist das Ergebnis einer Politik, die die österreichischen Interessen hinter denen einer sogenannten europäischen Gemeinschaft zurückstellt, einer Gemeinschaft, die in Wirklichkeit nur ein Deckname für die NATO ist. Von all dem spricht weder der Bundeskanzler Raab noch Vizekanzler Pittermann, aber gerade das sind Fragen, die entscheidenden Einfluß haben auf die ganze wirtschaftliche und innenpolitische Lage in Österreich, die sich nachteilig auswirken auf das Leben des österreichischen Volkes.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die krisenhafte Entwicklung bis zum Herbst noch weiter verschärfen und zuspitzen wird. Und hier liegen die wirklichen Ursachen für den plötzlichen Beschluß des Koalitionsausschusses auf sofortige Wahlen.

Die ÖVP und SPÖ, ebenso aber auch die FPÖ, sind sich darüber im klaren, daß sich die krisenhaften Erscheinungen, die wir heute in der ganzen Welt sehen, dank ihrer Politik bis zum Herbst in zunehmendem Maße auch auf Österreich auswirken werden. Und deshalb wollen sie die Wahlen rasch durchführen, um freie Hand zu bekommen für Maßnahmen, die das Volk aufs schwerste belasten sollen. Also zuerst wählen, dann Mietzinserhöhungen, neue Einschränkungen der sozialen Leistungen; zuerst wählen, dann Massenentlassungen, weitere Steuergeschenke an die Reichen; zuerst wählen, dann Durchführung des Wiener Memorandums, Verschleuderung des österreichischen Erdöls an die ausländischen Konzerne, weiterer Abverkauf der in den Händen des Staates befindlichen Betriebe.

Das alles und vieles andere ist das Grundkonzept, das von der ÖVP und den hinter ihr stehenden Kreisen mehr oder weniger offen ausgesprochen wird. Das alles soll die Regierungskoalition nach den Wahlen durchführen. Und all dem stellt die SPÖ nichts anderes gegenüber als ihre Erklärung, daß — wie immer die Wahlen ausfallen — diese Koalition fortgesetzt werden muß.

In seiner letzten Radiorede am 7. März hat Vizekanzler Pittermann ausgeführt, daß zwei Fragen auf der Tagesordnung stehen: die Durchführung des Wiener Memorandums und ein Übereinkommen der beiden Regierungsparteien über die Mietenfrage. In beiden Fragen wurden von Pittermann und anderen Sprechern der SPÖ schon wiederholt Erklärungen abgegeben, die sich grundsätzlich vom Standpunkt der ÖVP nicht sehr unterscheiden. Das gilt insbesondere für das Wiener Memorandum, wozu Pittermann in der bereits zitierten Radiorede ausführte: Ich habe wiederholt gesagt, daß Österreich mit der Erfüllung dieses Memorandums in Verzug ist, daß der Abschluß der Verhandlungen beschleunigt werden muß und daß die Vorschläge der anglo-amerikanischen Ölgesellschaften dazu eine Grundlage bieten. Wie diese Vorschläge der

anglo-amerikanischen Ölgesellschaften in der Praxis wirklich aussehen, darüber haben wir noch nichts Genaues erfahren können.

In der Mietenfrage hat sich Vizekanzler Pittermann dagegen gewendet, daß die ÖVP noch nicht bekanntgegeben hat, wie hoch die allgemeine Mietzinserhöhung sein soll, aber er hat keineswegs kategorisch eine solche allgemeine Zinserhöhung abgelehnt. Im Grunde genommen sind sich also beide Regierungsparteien darüber einig, daß der Bevölkerung neue Opfer und neue Lasten aufgebürdet werden sollen.

Aber auch für die FPÖ, die sich sehr gerne als Opposition aufspielen möchte, weil sie nicht in der Regierung vertreten ist, gilt das gleiche: Die FPÖ hat für alle Gesetze in diesem Parlament gestimmt, die den Unternehmern Vorteile bringen. Sie ist in der Vertretung der Hausherrenforderungen und in der Vertretung der frechen Forderungen der westdeutschen Kapitalisten sogar noch weiter gegangen als die ÖVP; sie vertritt ganz offen und ohne jede Scheu die Interessen der Großkapitalisten vom Rhein und von der Ruhr gegen die Interessen des österreichischen Volkes.

Die beiden Regierungsparteien und die FPÖ zeigen dem Volk keinen Weg, um die brennendsten Probleme zu lösen und die vordringlichsten Forderungen der arbeitenden Menschen zu erfüllen; sie wollen die bestehenden Schwierigkeiten dadurch überwinden, daß sie dem Volk neue Opfer auferlegen.

Wir Kommunisten haben im Parlament wiederholt Vorschläge gemacht und Wege gezeigt, wie man die Probleme lösen kann, ohne die breiten Massen des Volkes zu belasten. Man möge entschiedene Maßnahmen treffen, um die Steuerschulden der Kapitalisten und der Großunternehmer und Großverdiener einzutreiben. Diese Steuerschulden betragen nach den eigenen Angaben des Finanzministers mehr als 3 Milliarden Schilling. Mit diesem Geld könnte man die Krankenkassen sanieren, die Forderungen der Bombenopfer, der Opfer des Faschismus und des Krieges befriedigen. Man möge die Steuergeschenke an die Reichen einstellen und das Geld, das so hereinkommt, dafür verwenden, um den alten Arbeitern und Angestellten schon mit 60 Jahren und den Frauen mit 55 Jahren die wohlverdiente Rente zu zahlen. *(Abg. Mitterer: Jetzt hör schon einmal auf!)* Man möge die Milliardenausgaben für das Bundesheer auf die Hälfte herabsetzen und die so eingesparten Mittel für bessere Zwecke verwenden. *(Abg. Mitterer: Empfehlungen an Rußland!)* Gesunde Wohnungen und gesunde Familien sind wichtiger als Düsenflugzeuge, Panzer und Kasernen. *(Rufe: Siehe Rußland!)*

Die Frage, die heute hunderttausende arbeitende Menschen bewegt, ist die Sicherung des Arbeitsplatzes, und zwei Maßnahmen sind dazu erforderlich: die Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung und eine Wirtschafts- und Handelspolitik, die neue Märkte erschließt, Ausbau der Handelsbeziehungen nach allen Richtungen, vor allem nach dem großen China, wo große Möglichkeiten bestehen. Österreich als neutrales Land hat große Möglichkeiten, seine Handelsbeziehungen nach allen Seiten auszubauen, es muß sie nur nützen.

Für all das sind wir Kommunisten eingetreten, werden wir auch im Wahlkampf eintreten. Und je stärker die Kommunisten im neuen Parlament vertreten sein werden *(Heiterkeit bei den Regierungsparteien)*, desto eher wird es möglich sein, diese und viele andere dringliche Forderungen der arbeitenden Menschen Österreichs durchzusetzen. *(Abg. Mitterer: Aber sie werden nicht vertreten sein! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich erteile dem nächsten vorgemerkten Redner, Herrn Abgeordneten Dr. Kandutsch, das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kandutsch:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der gelernte Österreicher ist von Ihnen so manches gewöhnt. Daß aber der Beschluß einer Parlamentsauflösung heute hier gefaßt werden soll, ohne daß die beiden Regierungsparteien es für notwendig halten, ihren schwerwiegenden Beschluß vor der Öffentlichkeit zu begründen, ist ein Novum, selbst in der großen Komödie der österreichischen Koalition. Der Berichterstatter hat gesagt: die allgemeinen Gründe sind so bekannt, daß er es sich ersparen kann, darüber zu reden. Das ist eine groteske Begründung. Denn, meine Damen und Herren, wer in Österreich weiß denn nicht, daß die heutige Auflösung einem Wunsch der ÖVP entspricht und daß die SPÖ der Meinung ist, diese Auflösung wäre gar nicht notwendig, denn die Koalition ist ja arbeitsfähig. Und von „allgemeinen Gründen", die hinter diesem gemeinsamen Beschluß stehen, kann überhaupt nicht gesprochen werden.

Es ist also eine Zumutung, wenn eine so weitgehende politische Entscheidung gefällt wird, ohne daß die beiden Regierungsparteien der Bevölkerung sagen, warum sie nicht im Mai 1960 und auch nicht, wie vereinbart, im Herbst 1959, sondern jetzt schon, im Mai 1959, eine wichtige politische Entscheidung zu fällen haben wird.

Aber, meine Damen und Herren, das ist nur ein Punkt einer Situation, die man nur als grotesk und zum Teil auch als komisch bezeichnen

kann. Heute löst sich nämlich nicht das Parlament auf — das Parlament wird aufgelöst! Das Parlament wird aufgelöst, dem man keine Chance gegeben hat, die strittigen Fragen zu lösen. Denn das Parlament darf nach dem Ratschluß des Koalitionsausschusses nicht arbeiten. Deswegen wird es aufgelöst. Die Regierung aber, die behauptet, nicht mehr arbeiten zu können, sie bleibt im Amt. Normalerweise ist es doch so, daß eine Regierung in einem solchen Augenblick demissioniert. In Österreich demissioniert sie nicht, sondern sie bleibt beisammen, und wenn ich die Stimmung in diesem Hause heute registriere, möchte ich sagen: sie ist aufgelockert, freundlich, fast fröhlich. *(Heiterkeit.)* So ernst ist die Situation gar nicht. Man ist irgendwie von einer Fessel befreit, man gleicht einem Ehepaar, das sich auseinandergelebt hat, das aber weiß: Jetzt sind wir auf einige Zeit von Tisch und Bett getrennt. *(Abg. Probst: Wir haben noch eine Woche miteinander!)* Und deswegen finden sie plötzlich wieder Freude aneinander. *(Zwischenrufe. — Heiterkeit.)* Diejenigen, die nun die Zusammenarbeit im Parlament unmöglich gemacht haben, nämlich die Bundesregierung, sie bleibt im Amt, sie demissioniert nicht, und sie sagt der staunenden Bevölkerung: eigentlich arbeiten wir im Augenblick ganz brav und produktiv, wir werden nächste Woche noch sehr viele Beschlüsse fassen, und es soll sogar während des kommenden — wie ich aus der Pressekonferenz des Herrn Bundeskanzlers gehört habe — harten Wahlkampfes, auch in dieser Zeit weiterverhandelt und weiterregiert werden. Daß das die Bevölkerung nicht ganz versteht, ist an sich begreiflich. Aber Sie, die Sie heute Gelegenheit hätten, der Bevölkerung klarzumachen, warum das alles so sein muß, Sie hüllen sich in Schweigen, Sie lächeln, Sie sind friedlich, aber sich äußern, das tun Sie nicht.

Nun, meine Damen und Herren, die Koalition hat in den letzten Wochen — das muß man ihr ohneweiters zubilligen — eine außerordentliche Tätigkeit entwickelt. Wir sind von einer repräsentativen Demokratie hinübergewechselt zu einer paritätischen Demokratie. Die Paritätische Kommission ist an sich schon eine spezifische Erfindung dieser Koalition, und daher hat man auch in der Koalition Unterausschüsse gebildet — gleich 19 Unterausschüsse! Meine Damen und Herren, ich gestehe Ihnen, wir haben auf den 20. gewartet. Das sollte jener Unterausschuß werden, der die Zweckmäßigkeit von Unterausschüssen prüfen sollte. Ich glaube, dieser wäre besonders notwendig gewesen, denn erst wenn dieser Ausschuß zu einem positiven Ergebnis gelangt wäre, dann wären vielleicht die übrigen 19 auch zu irgendwelchen Ergebnissen gekommen.

Aber, meine Damen und Herren, wozu haben wir eigentlich noch dieses Parlament? In den Unterausschüssen verhandeln Sie die verschiedensten Fragen — ich werde später noch einige kurz streifen —, während die Parlamentsausschüsse in Urlaub geschickt werden, nicht einmal in einen unbezahlten, sondern nach wie vor in einen bezahlten Urlaub. Daß das eigentlich nicht mehr die richtige Form der Demokratie ist, das, meine Damen und Herren, stellen nicht nur wir fest, sondern nach den neuesten Enunziationen Ihrer führenden Persönlichkeiten auch Sie selbst.

Nun, meine Damen und Herren, weitere kuriose Zusammenhänge: Die beiden Parteichefs, Kanzler Raab und Vizekanzler Pittermann, sind vor einiger Zeit übereingekommen, sie wollten eine fünfjährige Legislaturperiode einführen, und durch eine einmalige Aktion eines gewissen Autonomiebestrebens hat die SPÖ-Parlamentsfraktion diesen Versuch zunichte gemacht. Aber, meine Damen und Herren, seit dem Jahre 1949 haben Sie es immer nur dreieinhalb Jahre längstens miteinander ausgehalten. *(Zwischenrufe.)* Warum also wollen Sie auf fünf Jahre gehen, wenn Sie innerhalb der jetzt bestehenden vier Jahre nicht zu Rande kommen?

Sie beschließen ein Regierungsprogramm. Das wird hier vom Bundeskanzler verkündet. Der neben ihm sitzende Vizekanzler Dr. Pittermann, der eine besondere Begabung hat, seine inneren Gedanken auch physiognomisch auszudrücken, hat eigentlich schon 1956 zu erkennen gegeben, in welchen Punkten er bereit ist, das Regierungsprogramm mitzuerfüllen, und in welchen Punkten er von vornherein bereit war, das Regierungsprogramm zu torpedieren. Es war also nicht sehr schwierig, zu sagen, daß das alles nicht erfüllt werden wird, aber es ist doch immerhin merkwürdig, daß Sie fünf Jahre vorhaben, zu planen, und dann gehen Sie schon nach drei, ja zweieinhalb Jahren auseinander.

Wenn ich dem Klubobmann Dr. Maleta folgen soll, der sagte, die Regierungskoalition sei seit den Bundespräsidentenwahlen 1957 steril gewesen, dann haben Sie doch in der jetzigen Regierungsperiode nur ein einziges ganzes Jahr fruchtbar gearbeitet. Und da muß ich mich fragen, warum man überhaupt so lange gewartet hat, so viel Langmut und Geduld aufbrachte, bis zum Mai 1959, um die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. *(Zwischenrufe.)*

Das Regierungsprogramm jedenfalls — das kann also festgestellt werden — ist zweifellos nicht erfüllt worden. Und die Plakate von der ÖVP: Versprochen und erfüllt!, wenn Sie sie diesmal wieder anschlagen wollten,

müssen diesmal ausfallen. Es muß heißen: Versprochen und nicht erfüllt! Das heißt, eine Partei, die im Jahre 1956 durch eine besondere Konstellation fast bis an die absolute Mehrheit gekommen ist, ist nicht in der Lage gewesen, ein Regierungsprogramm in den essentiellen Fragen durchzusetzen.

Nun, meine Damen und Herren, wird also gesagt: Das stimmt ja nicht, daß wir nicht mehr arbeiten konnten. Wir haben in der letzten Sitzung sogar ein Gesetz über den österreichischen Walfischfang beschlossen, und außerdem wird ja ohnehin über alles geredet.

Man muß sich einmal in Erinnerung rufen, welche 19 Punkte es gewesen sind, die Sie versucht haben, durch Wochen hindurch gemeinsam zu lösen. Es war das Ministerkomitee für den VÖEST-Bericht, das Komitee für Notstandsgebiete, das Antikorruptionsgesetz, das Ehegesetz, die öffentliche Ausschreibung von Dienstposten — das ist „nur" im Jahre 1956 verkündet worden, gemeinsam verkündet worden, beide Parteien sind in der Öffentlichkeit mit Leidenschaft dafür eingetreten; man hat jetzt erst darüber verhandeln müssen, ist zu keinem Ergebnis gekommen —, die Kommerzialisierung der Bundesbahnen, die AUA-Sanierung, Minderheiten-Schulgesetz, Kirchenvermögen, Warenumsatzsteuer, Agrarfragen, Volksaktien, Krankenkassensanierung, Wohnbaufragen, Forschungsrat, Berufsbildungsgesetz, Arbeiterkammer-Wahlordnung, Entschädigungsgesetze, ÖMV und IBV.

Also niemand kann Ihnen vorwerfen, meine Damen und Herren, daß Sie nicht redeten. Aber Sie sollten mit dem Reden aufhören, und Sie sollten seit einigen Monaten bereits zu konstruktiven Lösungen gekommen sein. Das wäre wesentlich wichtiger, als nur zu sprechen, und zwar nicht unter dem Glassturz der Koalition, nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit — denn das ist die Methode der Regierung —, sondern hier im Parlament, im vollen Rampenlicht der Öffentlichkeit. Es sollte das Argument A des Antragstellers dem Gegenargument B gegenübergestellt werden, und die Bevölkerung soll wirklich und ehrlich wissen, wer eine gesetzliche Regelung torpediert und blockiert. Wenn Sie uns zum Beispiel fragen: Wer hat eigentlich das Landwirtschaftsgesetz zu Fall gebracht?, so ist niemand in der Lage, eine authentische Antwort zu geben. Wir wissen zwar, daß damals im Unterausschuß die SPÖ nein gesagt hat, wir wissen aber ebenso, daß die Vorlage vom Wirtschaftsbund innerhalb der ÖVP bereits so zerzaust und zerfledert gewesen ist, daß der Herr Landwirtschaftsminister eigentlich nur hoffen konnte, daß die SPÖ nein sagen würde.

Alles das kann man nur hintenherum erfahren, alles das kann man nur vermuten, meine Damen und Herren! Sie haben nicht den Mut, mit Ihrer gesamten politischen Diskussion vor die Öffentlichkeit zu treten und das ist nach unserer Auffassung eine außerordentliche Gefahr für die Demokratie.

Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen wurden bereits Wahlkombinationen gemacht, Pressekonferenzen werden gehalten en masse, bei diesen Pressekonferenzen wird auch über die FPÖ gesprochen. In der heutigen Presse steht überall, der Herr Bundeskanzler habe einen Lieblingsgedanken, sein Lieblingsgedanke wäre eine sogenannte Konzentrationsregierung nach dem 10. Mai.

Wenn der Herr Bundeskanzler mit seiner Ausführung gemeint haben sollte, daß nach dem 10. Mai wirkliche, echte politische Lösungen ohne Mitwirkung der Freiheitlichen Partei nicht mehr möglich sind, dann muß ich ihm zustimmen. *(Heiterkeit.)* Wenn er aber glaubt, er kann über uns disponieren und er kann über uns verhandeln, ohne mit uns zu reden, dann wird er sich täuschen.

Meine Damen und Herren! Wir kennen diese Methode! Nach einer Wahl ist die FPÖ solange interessant, bis der Koalitionspakt unterschrieben ist. Aber wenn man glaubt, man kann mit uns in dieser Weise operieren, kann ich nur sagen, dann wird jeder seine Enttäuschung erleben. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.)* Wieso können Sie sagen, den Bundeskanzler desavouieren? Glauben Sie, Sie sind nicht mehr da, wenn der Bundeskanzler jetzt schon davon redet, er will eine gemeinsame Regierung mit uns machen? Da schätzt der Bundeskanzler die Situation jedenfalls realistischer ein als Sie.

Meine Damen und Herren! Ich möchte sagen, daß uns diese Ausführungen des Bundeskanzlers insofern sehr merkwürdig berühren, als er uns die letzten Jahre als Regierungschef „en canaille" behandelt hat, indem er gewisse Grundregeln eines demokratischen Systems auch der Opposition gegenüber niemals erfüllte. Wir halten es nämlich für unerträglich, daß der Bundeskanzler Staatsbesuche im Ausland macht, Vereinbarungen trifft, Handelsverträge vorbereitet, daß eine Frage Südtirol hier im Hause debattiert wird, ohne daß man jemals den Versuch unternimmt, die Opposition zu konsultieren, sie zu informieren, auch von ihr gewisse Anregungen und Meinungen einzuholen. Das macht kein wirklich parlamentarischer Regierungschef in der westlichen Welt.

Aber jetzt, wo es wieder zur Wahl geht, jetzt auf einmal wird uns ein Zuckerl offeriert, nach dem wir gar nicht greifen; denn, meine

Damen und Herren, nicht der Eintritt in die Regierung ist interessant ... *(Abg. E. Fischer: Wenn man es euch hinwerfen würde, würdet ihr es schon nehmen! — Lebhafte Heiterkeit.)* Herr Minister a. D. Fischer! Sie haben das Zuckerl bekommen im Jahre 1945 von der russischen Besatzungsmacht und haben es nicht ausgeschlagen. Sie können sich daher nicht vorstellen, daß eine Partei etwas ausschlägt, was Sie damals gerne ergriffen haben. Sie sollten daher als Allerletzter hier irgendwelche Zwischenrufe in der Hinsicht machen. *(Abg. E. Fischer: Bei den Bundespräsidentenwahlen habt ihr schon die Hoffnung gehabt!)*

Bei den Bundespräsidentenwahlen ist es um etwas völlig anderes gegangen. Wir haben nämlich schon im Jahre 1951 das Prinzip vertreten, daß eine überparteiliche Persönlichkeit der oberste Exponent der politischen Vollziehung und Gewalt in Österreich sein soll. Und wenn sich auch die Volkspartei im Laufe der Zeit diesem Grundsatz angeschlossen hat, sind wir im Jahre 1957 gar nicht in der Lage gewesen, der Volkspartei, ich möchte sagen, diese Läuterung ihres politischen Denkens zu verwehren. Das ist etwas völlig anderes *(Heiterkeit)*, hat aber gar nichts mit jenen Aspirationen zu tun, denen Sie einmal, nämlich im Jahre 1945, so sehr nachgefolgt sind mit der Hoffnung: Wenn Fischer einmal Minister ist, dann wird er nie mehr aus dem Ministersessel gehoben werden. Zum Glück war die österreichische Bevölkerung im Jahre 1945 so schlau und hat Sie herausgewählt. Ihr historisches Verdienst bleibt es, der russischen Besatzungsmacht gesagt zu haben, Sie würden 33 Prozent der Stimmen bekommen, denn nur deswegen sind hier freie Wahlen zugelassen worden. Belehren Sie uns also bitte nicht! *(Abg. Dengler: Wo er recht hat, hat er recht!)*

Ich möchte also noch einmal feststellen: Was nach dem 10. Mai 1959 mit der Freiheitlichen Partei geschieht, welchen Weg die FPÖ geht, bitte, das überlasse man uns ganz persönlich allein. Wir möchten nicht erlauchte Köpfe heute schon damit belasten, über uns nachzudenken.

Aber, meine Damen und Herren, worum geht es nach unserer Auffassung am 10. Mai wirklich? Es kann um sehr viel gehen, dann nämlich, wenn Sie sich entschließen können, die bisherige Form der Koalitionspolitik aufzugeben. Es kann um sehr wenig gehen, wenn alles beim alten bleibt. Es ist wiederum eine jener Merkwürdigkeiten der jetzigen Wahlagitation, insbesondere von der initiativen Kraft, von der ÖVP, zu sagen: Es muß gewählt werden, es geht nicht mehr, es ist ausgeschlossen, unerträglich! Wir haben ein absolutes Vetorecht eines schwächeren Partners, und infolgedessen müssen wir vor das Volk treten, aber nach dem 10. Mai machen wir natürlich wieder die Koalition! Und die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers: „Mir san die Sozi lieber am Verhandlungstisch als auf der Straße!" ist doch auch keine Erklärung, denn am Verhandlungstisch hat er sie ja jetzt schon. Oder haben Sie nicht verhandelt? Sind 19 Unterausschüsse noch zuwenig? Dann sollten Sie noch 25 dazumachen, damit die Bevölkerung, die Öffentlichkeit wirklich überzeugt ist, daß Sie verhandeln wollen. Aber wenn Sie bisher mit den Verhandlungen nicht zu Rande kommen, wer garantiert Ihnen denn, daß das nach dem 10. Mai anders ist? Wer garantiert Ihnen vor allem, daß Sie dann noch diesen Vorsprung an Abgeordneten haben, den Sie im Augenblick besitzen? *(Abg. Dengler: Das werden wir sehen!)*

Ich meine, das sind alles keine Erklärungen, man muß das Problem doch wirklich an der Wurzel packen, man muß in die Tiefe steigen und fragen: Wieso ist es möglich gewesen, daß in wirklich elementaren Fragen keine Einigung erzielt werden konnte? Ich behaupte nämlich, daß die wesentlichsten Streitfragen lösbar gewesen wären, hätten Sie sich jetzt schon entscheiden können, eine andere Form der Koalition zu treffen; nicht eine andere Form der Regierungskoalition, denn daß Regierungskoalitionen notwendig sind, daß sie auf einem gemeinsamen Regierungsprogramm basieren müssen, ist doch jedem Einsichtigen klar. Aber, meine Damen und Herren, die Einbeziehung des Parlaments mit dem absoluten Vetorecht des zuständigen Ressortministers, das ist die große Problematik; das ist eine Form des Regierens, die wirklich den Ausdruck verdient, daß es sich hier um eine durch zwei dividierte Diktatur handelt.

Es ist auf die Dauer unerträglich, daß das Parlament in seiner Handlungsfreiheit so eingeschränkt bleibt. Das ist ein taktisch-politisches Nahziel, welches die Freiheitliche Partei erreichen will. Deswegen wird sie am 10. Mai vor die Wähler treten, deswegen hält sie es für richtig, daß heute aufgelöst wird. Das ist auch eine Frage, die ins Grundsätzliche geht und die, glaube ich, von der Bevölkerung verstanden wird. Denn Sie selber sind es, die heute schon davon reden, man müsse es sich sehr überlegen, ob man nicht den koalitionsfreien Raum in Zukunft im Rahmen der Gesetzgebung erweitern sollte.

Betrachten wir einige praktische Fragen, die Sie nicht mehr zu lösen in der Lage waren.

Das Problem des Landwirtschaftsgesetzes: Es ist unverständlich, warum diese Frage nicht zu lösen sein sollte. Wir Österreicher würden hier praktisch nur ein internationales Nachziehverfahren betreiben. Denn ob sozialistisch oder konservativ regiert — in fast allen Staaten der westlichen Welt gibt es ein Landwirtschaftsgesetz mit dem großen Gedanken der Existenzsicherung der Landwirtschaft, aber auch mit dem Gedanken, in einer allgemeinen Aufwärtsentwicklung der Volkswirtschaft die Landwirtschaft nicht zurückzulassen und eine achtzigjährige Periode einer ständigen Verarmung der Landwirtschaft abzustoppen.

Warum soll das in Österreich nicht gehen? Die Agrarpolitik ist keine Angelegenheit des Ministers Thoma, des Herrn Präsidenten Strommer, des Bauernbundes, sondern sie ist überhaupt nur zu lösen, wenn sie eine Frage der österreichischen Volkswirtschaft wird, die genauso den Konsumenten interessiert, den Wirtschaftstreibenden wie den Bauern selber. Wenn man diesen grundsätzlichen Standpunkt erreicht, dann ist es einfach nicht wahr, daß hier nicht Lösungen gefunden werden können, wenn man überhaupt zustimmt, daß wir in Österreich noch eine lebensfähige und zukunftträchtige Landwirtschaft haben wollen, das heißt, wenn wir uns aus unserer eigenen Scholle ernähren wollen. Dazu braucht man nicht Bauer zu sein. Es passiert einem bei Versammlungen auf dem Lande, daß besonders gescheite örtliche Funktionäre des Bauernbundes sagen: Was reden Sie da über das Landwirtschaftsgesetz, Sie sind ja kein Bauer! Ich halte das für das Dümmste, denn wenn hier lediglich die Bauern abstimmen sollten, dann sind sie immer in der Minderheit und werden immer in der Minderheit bleiben. 22 Prozent der Bevölkerung sind angewiesen auf die Einsicht der übrigen 78 Prozent, und man muß den Grundsatz endlich anerkennen, daß es sich hier nicht um eine Frage der landwirtschaftlichen Bevölkerung handelt, sondern um eine Zukunftsfrage für Österreich und seine Volkswirtschaft schlechthin.

Das Problem der verstaatlichten Industrie, der Industriefinanzierung, der Ausgabe von Volksaktien: Auch hier muß und kann ein Kompromiß gefunden werden. Ich möchte mir hier allerdings eine allgemeine Bemerkung erlauben. Wir verharren in einer Situation, in der beide Parteien nicht sehr interessiert daran sind, daß die verstaatlichte Industrie große wirtschaftliche Erfolge zeitigt. Die Österreichische Volkspartei deswegen nicht, weil sehr starke Kräfte in ihr es aus prinzipiellen Gründen nicht gerne haben möchten, daß die verstaatlichte reüssierende Industrie ihr Prinzip widerlegt, und die SPÖ deswegen nicht, weil sie einfach sagen will: Unter Waldbrunner war es besser als unter Raab!

Das sind politische Hintergründe, warum so wesentliche Fragen offengeblieben sind, wie der Ausbau, die Finanzierung der ehemaligen USIA-Betriebe, ihr Einbau in die österreichische Wirtschaft, das Problem der Finanzierung, das nicht nur ewig und immer auf dem Prinzip der Eigenfinanzierung, der Selbstfinanzierung verharren bleiben dürfte, eine so wesentliche Frage wie die Organbildung bei Alpine und VÖEST, so wesentliche Fragen wie schließlich auch die Finanzierung durch Ausgabe von Volksaktien dieser Betriebe. Es hat sich in letzter Zeit ein Kompromiß abgezeichnet. Wir sind der Meinung, daß man das Problem auf der Basis dieses bereits gefundenen Kompromisses hätte lösen können, wenn nicht gegenseitige Prinzipienreiterei hier eine hundertprozentige Hemm-Mauer aufgerichtet hätte.

Meine Damen und Herren! Der VÖEST-Bericht: Wir haben, wenn Sie sich erinnern, in der damaligen Debatte verlangt, daß die offengebliebenen Fragen durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß gelöst werden. Sie haben sich diesem sinnvollen und die Rechte des Parlaments wahrenden Antrag nicht angeschlossen. Ich erinnere mich, wie der Kollege Dr. Kranzlmayr hier als letzter Redner aufgetaucht ist und wie er sich während der Rede aus einem Staatsanwalt in einen Verteidiger verwandelt hat und außerdem in einen Marathonredner, weil er so lange reden mußte, bis die beiden Klubobmänner zurückgekommen sind, um ihm zu sagen, ob er dafür oder dagegen sein soll. *(Abg. Probst: Kranzl„redner" ist er!)* Und damals war es dann so, daß Sie vom Parlament sich wiederum hingewandt haben zur Regierung. Sie flüchten einfach bei jeder Gelegenheit unter die Fittiche der Parteichefs, der Regierungschefs Raab und Pittermann, und alles, was Ihnen unangenehm ist, das soll dann die Regierung machen. Die Regierung ist ja angewiesen auf einstimmige Beschlüsse. Die Verhandlungen sind geheim, man erfährt nichts, und man wird es sich schon irgendwie richten.

Wir hätten den Nachtragsbericht über jene Fakten, die noch ungeklärt gewesen sind, längst in diesem Haus, und der gesamte VÖEST-Rummel wäre vorbei, wenn Sie unserem Prinzip gefolgt wären. Wir klagen Sie deswegen an, meine Damen und Herren, denn es ist doch eine groteske Situation, daß die Regierung prüfen soll, ob der VÖEST-Bericht des Rechnungshofes korrekt ist, das heißt, die Geprüften sollen feststellen, ob die Prüfstelle in Ordnung war oder nicht. Sie haben wieder-

um einmal ein Recht des Parlamentes geopfert, denn der Rechnungshof ist unser Organ, und hier hätten wir sagen müssen: wir Parlamentarier schalten uns ein. Aber geschwind wird bei jeder solchen Gelegenheit der Ausweg gefunden: Wir gehen in die Regierung! *(Abg. Zeillinger: Der Papa wird's schon richten!)* Der Papa Raab wirds schon richten, das ist sehr richtig.

Wir sind nun der Meinung, daß es ein großer Schaden ist, daß diese Frage noch nicht gelöst ist, denn sie wird zweifellos im kommenden Wahlkampf, das ist ja angekündigt, eine überragende Rolle in der Auseinandersetzung spielen. Sofern es sich darum handelt — und, meine Damen und Herren, das war der Sinn unseres Antrages, von dem Sie erst inspiriert wurden —, Unkorrektheiten, Korruptionen und so weiter *(Abg. Dr. Kranzlmayr: Ein bißerl größenwahnsinnig!)* — das stimmt, das ist historisch bewiesen, verehrter Herr Staatsanwalt — aufzuklären, ist es auch notwendig, daß restlos Licht in die ganze Angelegenheit gebracht wird. Wir sind allerdings nicht der Auffassung, daß es die Aufgabe von Rechnungshofberichten ist, österreichische Großunternehmen in die politische Tagespolemik hineinzuziehen. Denn, meine Damen und Herren, Sie haben einen Präzedenzfall geschaffen. Es wird der Bericht über die Creditanstalt kommen, über die ÖMV, über die Stickstoffwerke, und ich muß sagen, die wirtschaftliche Bonität dieser Unternehmungen, vor allem international, wird immer mehr leiden, je öfter das österreichische Parlament hier mit „Vergnügen" feststellt, daß dort sehr schlechte Geschäfte gemacht worden sind, daß die Auslandsvertreter nichts taugen, daß sie unkorrekte Korruptionisten sind und so weiter. Und das in einem Zeitpunkt, da der österreichische Außenhandel ohnehin stagniert, insbesondere auf dem Gebiet der Schwerindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie. Das ist unsere sachliche, objektive Auffassung dazu, und es wäre gar nicht möglich, daß das heute noch eine Frage ist, hätten Sie sich damals, unserem Antrag folgend, dazu bereit erklärt, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß diese Fragen löst, die zu lösen Sie bis heute offenbar nicht in der Lage gewesen sind.

Eine weitere Frage ist die öffentliche Ausschreibung von Dienstposten. Sie sind doch beide dafür. Theoretisch auf alle Fälle. Obwohl Sie es immer wieder betonten, haben Sie es in drei Jahren nicht fertiggebracht, ein System zu entwickeln, durch das diese Forderung endlich verwirklicht würde. Sie dürfen sich daher nicht wundern, wenn wir Ihnen hier mit Mißtrauen entgegentreten und sagen: In Wirklichkeit ist es doch praktisch so, daß Sie ein solches System gar nicht haben wollen! Wenn man in Österreich heute über das Thema der Korruption so viel spricht, dann muß man vor allem sagen, daß ja hierin eine wesentliche Grundlage dafür wurzelt. Denn wenn in die verstaatlichte Industrie, wenn auf die öffentlichen Dienstposten Parteigünstlinge kommen und nicht ausschließlich Persönlichkeit, Charakter und Leistung entscheiden, dann ist es selbstverständlich, daß man sich hier gewissermaßen gefügige Werkzeuge schafft, die dann eben für die Vorteile einer Partei zu wirken haben. Also auch hier, können wir nur sagen, ist ein Versprechen, das Sie gemeinsam gegeben haben, nicht erfüllt worden!

Nun, meine Damen und Herren, sind es aber nicht nur diese Gründe, sondern es gibt zweifellos wirtschaftliche Hintergründe dafür, warum zum Mai-Wahltermin gegriffen worden ist. Ich erinnere mich an die ausgezeichnet formulierte und programmatisch fundierte Rede des Herrn Finanzministers — das ist seine große Stärke —, als er uns das Budget vorlegte. Damals erklärte er, er könne von der goldenen Regel der klassischen Budgetpolitik abschweifen und könne einen nicht ausgeglichenen Haushalt vorlegen, weil er persönlich überzeugt sei, daß im Verlaufe des Jahres 1959 die Konjunkturaufwärtsentwicklung wieder eintreten werde. Nun haben wir inzwischen erfahren, daß schon im Jahre 1958 mit einem Abgang von 4,5 Milliarden Schilling die österreichische Wirtschaft insbesondere von der Bauindustrie her auf Touren gehalten worden ist. Im Jahre 1959 sind 4 Milliarden von vornherein präliminiert. Alles das reicht nicht aus. Sollte sich der Herr Finanzminister bei den geplanten Steuereinnahmen noch einmal verschätzt haben, dann wird natürlich der Abgang am Ende des Jahres noch größer sein. Die 250 Millionen Dollar-Grenze, die wir ihm als Kreditrahmen für Amerika-Kredite eingeräumt haben, war nicht ausreichend, sondern es wurden noch 100 Millionen Dollar gegen unsere Stimme dazugegeben.

Das alles ist doch eine Entwicklung, die beunruhigend ist, denn die Rezession ist nicht nur in Amerika nicht beseitigt, sondern sie zeitigt auch im Augenblick in Europa eine Nachwirkung, und sie hat natürlich auch ihre volle Wirkung in Österreich. Man braucht nicht wirtschaftlichen Defätismus zu predigen, aber die Realitäten sprechen dafür.

Nun muß man natürlich daran denken, eines Tages auch diese Schulden zurückzuzahlen. Wir glauben, daß das Jahr 1960 einen Anfang bringen müßte. Wenn uns der Herr Finanzminister nun im Oktober — das heißt, praktisch schon im Sommer — ein Austerity-Budget vorgelegt hätte, ein Budget der Einschränkung,

der Sparsamkeit, dann, meine Damen und Herren, wäre das natürlich keine sehr günstige Plattform für eine Wahl gewesen. Sollte zu dieser Entwicklung auch noch hinzukommen, daß wir im Laufe des Sommers mehr Arbeiter entlassen müssen, als es im Augenblick der Fall ist, dann wäre das zweifellos auch wieder ein Grund, jetzt schon zu wählen und nicht bis zum Herbst zuzuwarten.

Das sind also zweifellos Hintergründe, nur halte ich es nicht für richtig und nicht für korrekt und auch nicht für demokratisch, vor einer solchen Situation in die Wahl zu flüchten, um jetzt vor der Wahl zu sagen: Vollbeschäftigung, Wohlstand, Aufstieg, Sicherheit, soziale Sicherheit, es wird großartig, es wird noch besser werden! — und dann eine Entwicklung zu erleben, die einen praktisch Lügen straft.

Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß die wirtschaftliche Krise, die sich im Augenblick in Österreich anbahnt, nicht nur eine konjunkturell bedingte, vom Weltmarkt her beeinflußte Krise ist, sondern zu einer strukturellen Krise werden wird, wenn Sie, meine Damen und Herren, sich nicht endlich entscheiden, wohin Österreich sich wenden soll! Wir sind nämlich nicht so großartig neutral, daß wir heute aus der Weltgeschichte austreten und sagen können: Was immer geschieht, und „wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen", bei uns — so sagte es Mikojan ja zum Beispiel in Kaprun — kann jeder ruhig schlafen, es wird uns nichts passieren.

Wir sind verhaftet und verbunden mit der Weltentwicklung und insbesondere mit der europäischen Entwicklung, und hier, meine Damen und Herren, ist Ihre Haltung zur Frage der EWG uns unverständlich und sträflich, solange Sie uns nicht die echten Gründe sagen, warum heute noch in Reden und Enunziationen von der Freihandelszone gesprochen wird, von der jeder weiß, daß sie bereits ein totgeborenes Konzept ist.

Der Herr Kollege Hartmann hat zum Beispiel im Auditorium maximum in Wien in einer großangelegten Rede über die Agrarpolitik gesagt, daß Österreich natürlich mitmachen müsse bei der Freihandelszone, daß aber in die Freihandelszone jene Schutzartikel für die Landwirtschaft hineinkommen müssen, die in der EWG stehen. Das heißt mit anderen Worten: er konnte bei Anwesenheit oder gegeben sein sollender Gegenwart des Herrn Außenministers nicht für die EWG plädieren, hat aber doch gesagt: Die Sicherung für die österreichische Landwirtschaft findet sich nur in der EWG, denn die Engländer haben die Freihandelszone nicht zuletzt deswegen erfunden, weil sie von vornherein für eine Ausklammerung der Landwirtschaft gewesen sind in einer europäischen Marktordnung und Marktregelung.

Das ist aber doch gar kein Weg, meine Damen und Herren, hier zu lavieren und zu meinen, wir werden das schon wieder irgendwie richten! Ich glaube, die Zeit ist viel zu ernst, und die Mutmaßung, wir könnten hier eine Rolle einnehmen, wo wir durch die Neutralität vom Westen partizipieren und zugleich gewissermaßen ein Umschlaggebiet für den Osthandel werden, diese Hoffnung wird sich keineswegs erfüllen, und es gibt auch keine Regierungspolitiker, die bisher behauptet haben, der Osthandel sei in irgendeiner Weise dafür geeignet, verlorengehende Märkte im Westen zu kompensieren. Dann aber wird eine sehr schwere Zeit anbrechen, dann werden es sieben magere Jahre werden, und dann wird wiederum die Frage gestellt werden nach der Selbständigkeit dieses Staates. Denn wir haben eine wirtschaftliche Struktur mit einem industriellen Aufbau, die im Großraum geplant und gebaut wurde und uns wiederum auf eine großräumige Politik hinweist, die wir betreiben müßten. Und dem muß man Rechnung tragen, dem wurde aber bis heute nicht Rechnung getragen! Die Erklärungen des Herrn Handelsministers beziehungsweise seine Klagen in der Öffentlichkeit, die Diskriminierung unseres Außenhandels durch die EWG sei im vollen Gange, genügen ja nicht, um eine Situation zu meistern, denn mit dem Klagen und Jammern allein wird man wahrscheinlich österreichische Produkte in Zukunft in einem gemeinsamen Zollgebiet nicht mehr unterbringen.

So, meine Damen und Herren, steht also eine sorgenvolle Zukunft vor uns, und es steigt auch die Sorge der breiten Massen, es steigt auch der Unmut über eine gewisse Konzeptlosigkeit, die von Ihnen im Augenblick selbst bestätigt wird. Wenn ein Funktionär wie Herr Dr. Maleta selbst sagt: Wir haben ein Jahr regiert, und die übrige Zeit sind wir steril gewesen *(Abg. Dr. Maleta: Falsch interpretiert!)*, dann, meine Damen und Herren, dürfen Sie sich nicht wundern, daß dieses Gefühl eben auch auf die breiten Massen übergreift, die jetzt um ihre Arbeitsplätze besorgt sind und bangen. Die Arbeitslosigkeit ist ja bereits vorhanden. Sie ist im Steigen. Die Geschädigten, denen Sie ein Gesetz gegeben haben, sind sehr unmutig, sie murren darüber, denn auch das ist keine „österreichische Meisterleistung" gewesen, sondern eine Krampflösung. Man kann nicht Geschädigte aus den Steuermitteln entschädigen, sondern man hätte sich längst entschließen müssen, über einen Lastenausgleich all die vielen Geschädigten, die vom Schicksal Getroffenen in irgendeiner Art und

Weise wenigstens einigermaßen wiederum in ihre Positionen zu bringen. Das ist nicht geschehen.

Die Kulturgesetzgebung stagniert seit 1945. Es ist ein typisches Zeichen der Zeit, daß wir fast immer nur von der Wirtschaft, von den Renten, von der Sozialpolitik sprechen, daß wir aber weniger Empfindung dafür haben, wie sehr auch Österreich darunter verliert; und Sie geben das ja beide zu, daß wir eine Schulgesetzgebung haben, die veraltet ist, daß im Jahre 1945 und später Bücher herausgekommen sind, die heute einer Kritik nicht mehr standhalten, daß endlich einmal entschieden werden müßte, nach welchen Grundsätzen unsere Jugend erzogen werden soll. Alles das ist in keiner Periode auch nur angegangen worden. Es stagniert und hat auch in dieser Periode stagniert.

Die Angestellten-Altrentner, die zu den Parias Ihrer Gesellschaftsordnung gehören, wollen sich nicht mehr länger vertrösten lassen. Sie haben mit beredten Worten und jetzt mit Protestaktionen klargemacht und klarzumachen versucht, daß es nicht angeht, die Leistung gerade jener Berufsgruppen in der Vergangenheit heute so miserabel zu honorieren, die zu allen Zeiten einen wesentlichen Rückhalt für die Güte und die Aufstiegsmöglichkeit der österreichischen Wirtschaft gaben.

Alles das sind Tatsachen, die Sie vielleicht veranlaßt haben mochten, zu diesen Frühjahrswahlen zu greifen; aber auch, meine Damen und Herren — das wage ich ohneweiters hinzuzusetzen —, die eine Tatsache, daß sich seit den Wahlen 1956, wo sich die freiheitliche Bewegung in Österreich auf einem Tiefpunkt befunden hat, im Herbst 1957 die Freiheitliche Partei überall erholt hat und auch in einem organisatorischen Ausbau begriffen ist, den Sie unterbrechen wollen, indem Sie schon im Mai wählen lassen! *(Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)* Ich habe hier Ihre Heiterkeit erwartet, und ich freue mich immer, wenn es mir gelingt, Sie heiter zu stimmen. *(Abg. Dr. Maleta: Soll man weinen, wenn man Ihnen zuhört?)* Ich hoffe nur, daß wir uns nach dem 10. Mai hier wieder so treffen, daß wir alle zusammen heiter sein können. Ich hoffe das in allererster Linie natürlich für meine eigene Partei. Denn, meine Damen und Herren, wenn das, was ich hier als eine notwendige Änderung des politischen Systems in Österreich skizziert habe, richtig ist, dann bin ich mir dessen bewußt, daß diese Koalition, die sich heute so weit auseinandergelebt hat — Sie haben nicht mehr die Klammer des Besatzungsregimes! —, nur dann weiterhin verpflichtet wird, sich den demokratischen Spielregeln zu unterwerfen, wenn zwischen Ihnen beiden eine starke, tragende Mitte ist. Diese Mitte verkörpern wir! Und unsere Hoffnung für das neue Parlament im kommenden Jahr ist: ein Parlament, in dem die Frage, wie sie Herr Dr. Hofeneder nach dem Buch von Gordon Shepherd hier gestellt hat: Wo sind die Demokraten gewesen und wo die Patrioten?, keine Frage mehr sein kann, ein Parlament also von Demokraten und Patrioten, garantiert durch eine starke, tragende Mitte in diesem Hause! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wir gelangen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf bei Anwesenheit der Hälfte der Abgeordneten in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Präsident: Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates findet am Mittwoch, den 18. März, 11 Uhr, statt. Die schriftliche Einladung wird noch ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 3523 59